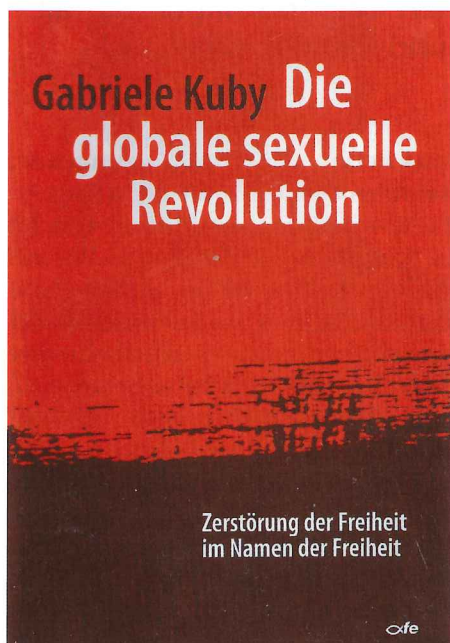


Die unsichtbare Regierung

Nachdem der Autor in der Februar-Ausgabe des «EDU-Standpunkts» über die geringfügigen Änderungen im Lehrplan 21 (LP21) berichtete und in unserer März-Nummer auf die verschiedenen dahinterstehenden Ideologien hinwies, geht er im vorliegenden Artikel insbesondere auf das Gedankengut der Agenda 21 ein.

Die Agenda 21 wurde im Juni 1992 von der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet und soll ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert sein. Das Dokument wurde von über 170 Staaten unterzeichnet. An dieser UNO-Konferenz nahmen auch viele Nichtregierungsorganisationen, sogenannte NGOs, teil.



Einen Rückblick zu den Wurzeln des GM liefert uns das Buch von Gabriele Kuby: «Die globale sexuelle Revolution – Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit» (ISBN 978-3-86357-032-3)

Undemokratisch

Die Agenda 21 ist ein Strategiepapier zur gezielten Bewusstseinslenkung aller Menschen zu einer «Nachhaltigen Entwicklung» und betrifft alle Lebensbereiche. Ihr Umfang umfasst 359 kleingedruckte Seiten, aufgeteilt in 40 Kapitel und 4 Hauptbereiche. Sie spricht viele Umwelt- und Entwicklungsprobleme an, verpflichtet alle politischen Ebenen und NGOs im Sinne einer «Nachhaltigen Entwicklung» zu handeln, erteilt Nationalstaaten, Provinzen und Gemeinden detaillierte Aufträge und fordert die Einsetzung von Komitees, welche diese «Nachhaltige Entwicklung» auf den verschiedensten Ebenen überwachen. Dadurch findet ein Prozess der Entmachtung der Nationalstaaten bis hin zum einzelnen Bürger statt. Dafür erhalten undemokratisch legitimierte NGOs, wie z. B. Umweltschutz- oder Gleichstellungsorganisationen, Autorität und Gewalt.

Die Agenda 21 geht davon aus, dass via Politik und Massnahmen wie Steuern, Abgaben, Taxen, Strafen usw. eine Einmütigkeit hinsichtlich einer «Nachhaltigen Entwicklung» erreicht werden kann. Mittels dieses Prinzips werden nicht nur die Freiheiten jedes einzelnen Bürgers eingeschränkt, sondern es steht auch ganz im Gegensatz zum freien demokratischen Verständnis, bei welchem der Bürger auf Grund seines Wissens, Verstandes und seiner Einsicht selbst eine Entscheidung zum Wohle der Allgemeinheit treffen kann.

Diktatorisch

Die Forderungen der Agenda 21 gehen soweit, dass die Staaten sicherstellen müssen, dass nur noch gesunde Kinder geboren werden (6.21), der Anteil der Frauen unter Entscheidungsträgern erhöht wird (24.2,b), die Haushaltarbeit unter Mann und Frau gleichmässig aufgeteilt wird (24.3,d), geschlechtsrelevante Kenntnisse (Sexualkunde) in die Lehrpläne aufgenommen werden (24.2,e) und die Bildung auf die «Nachhaltige Entwicklung» ausgerichtet wird (36.2a).

Die Regierungen sollen Strategien erarbeiten, um Umwelt- und Entwicklungsthemen auf allen Ebenen des Bildungswesens (vom Kindergarten bis zur Universität) zu integrieren. Dazu müssen die Lehr-

pläne gründlich überarbeitet werden (36.5,b). Die gezielte Beeinflussung der Menschen über die Bildung und Massenmedien ist ein fester Bestandteil der weltweiten Bildungsoffensive der Agenda 21, um Einstellungen, Wertvorstellungen und Handlungsweisen der Weltbevölkerung auf die «Nachhaltige Entwicklung» einzustimmen (36.9). Die «Vereinheitlichung» des Denkens der Menschen und somit die schleichende Entmachtung der Nationalstaaten ziehen sich wie ein roter Faden durch die ganze Agenda 21 und erinnern sehr stark an die apokalyptischen Verhältnisse, wie sie in Offenbarung 17,12-13 beschrieben sind.

Unehrllich

Die «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) wird nun von den schweizerischen Behörden gründlich umgesetzt. Daher gab der Bund bereits im Dezember 2005 das «Vorgehenspapier der Plattform BNE» heraus, worin er festhielt, dass die Erziehungsdirektoren die BNE in die Lehrpläne zu integrieren haben und im Juni 2011 veröffentlichte die «Schweiz. Konferenz der Redaktoren Pädagogischer Hochschulen» (cohep) das Dokument «Integration von BNE in die Lehrerbildung der Schweiz». Aus diesen beiden Dokumenten geht klar hervor, dass der LP21 v. a. deshalb erarbeitet wurde, damit die BNE in die schweizerischen Lehrpläne integriert werden konnte. Darüber wurde das Schweizer Volk jedoch kaum informiert, stattdessen begründete man die Lehrplanerneuerung mit der Harmonisierung der Lehrpläne zwischen den verschiedenen Kantonen. Diese Vorgehensweise ist nicht ehrlich und so schon Grund genug den LP21 abzulehnen. Hinzu kommt, dass dieser auch aus pädagogischer, gesellschaftlicher und christlicher Sicht völlig untauglich ist. Deshalb können wir es vor Gott und den Menschen nicht verantworten, dass unsere Kinder und Enkelkinder diesen LP21 über sich ergehen lassen müssen.

Arthur Bosshart

¹ Agenda 21, Kapitel 6, Absatz 21
Weitere Infos unter: www.lehrplan21.info